

**TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE**

P/XXII/203

Bad Godesberg, den 23. Oktober 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
	<u>Die Bewährungsprobe</u>	68
	Es geht um die Verbesserung des sozialen Klimas	
a	<u>Das langsamste Schiff bestimmt das Tempo</u>	30
	Zur England-Reise des Bundeskanzlers	
1 - 3	<u>Mali will unabhängig bleiben</u>	51
	Von Ludwig Metzger, MdB	
	Erster Vizepräsident des Europäischen Parlaments	
4 - 5	<u>"VW-Stiftung": Kein Lückenbäßer</u>	66
	Tendenz zur Schwerpunktbildung	
	Von Klaus Rusticus	

\* \* \*

### Die Bewährungsprobe

---

Es geht um die Verbesserung des sozialen Klimas

G.M. - Das vergangene Wochenende stand im Zeichen einer großen sozialen Unruhe. Im Ruhrgebiet und in den Zentren der Metallindustrie, aber auch dort, wo die Verhandlungspartner des Öffentlichen Dienstes miteinander sprachen, wurde deutlich, wie sehr heute in der Bundesrepublik Millionen Menschen von der Frage bewegt sind, wie die Abschleppkosten von hinterlassenen Wracks früherer Bundesregierungen bezahlt werden können.

Im Ruhrgebiet weiß nicht nur jeder Bergarbeiter, sondern auch jeder Geschäftsmann und Gewerbetreibende, daß in den zehn vorausgegangenen Jahren die Probleme des Reviers auf die lange Bank geschoben wurden, daß sowohl die damaligen Regierungen in Bonn als auch in Düsseldorf Vorschläge zur Lösung der Krise im Bergbau, wie sie von den Gewerkschaften und von der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion immer wieder unermüdlich vorgetragen wurden, ignoriert haben. Die Menschen im Ruhrgebiet, die am Samstag erbittert demonstrierten, verdienen unser aller Sympathie, auch wenn einige ihrer Unmutsäußerungen an die falsche Adresse gerichtet waren. Es ist eben ein Unterschied, ob ein mit langfristigen Verträgen versehener Direktor über die Stilllegung einer Zeche spricht, oder ein Bergarbeiter, der täglich das Gespenst der Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit vor sich sieht.

Im Ruhrgebiet wurde dank des Fleißes und der Tatkraft der Arbeitnehmer in Gruben und Hütten, aber auch im Kampf gegen die Demontage des Fundament für den Wiederaufbau unserer zerstörten Wirtschaft nach dem Zweiten Weltkrieg gelebt. Im Ruhrgebiet, dem bevölkerungsreichsten Teil Europas, wird sich aber auch entscheiden, ob die Bundesrepublik fähig ist, unter Aufbietung der Energien a l l e r zu einer wirtschaftlich und damit auch politisch tragfähigen Lösung der Probleme unserer Energiewirtschaft zu gelangen.

Was in den vergangenen zehn Jahren verabsäumt wurde, konnte in den letzten zehn Monaten noch nicht geregelt werden. Jetzt aber ist die Zeit des Pläneschmiedens und Redens vorbei. Wenn der Deutsche Bundestag Anfang November in die Beratungen über die Neugestaltung der deutschen Energiepolitik eintritt, werden die Blicke von Millionen Menschen auf das Parlament gerichtet sein. Vom Ergebnis dieser Beratungen wird es abhängen, ob große Teile unseres Volkes die Gewißheit haben können, daß in einer gemeinsamen Anstrengung die Hoffnungen auf eine bessere Zukunft gerechtfertigt werden.

Auch in weiten Bereichen der Metallindustrie stehen wir vor einer Bewährungsprobe. Was die Metallarbeiter über die Situation denken, haben sie in den Urabstimmungen zur Frage eines möglichen Streiks gesagt. Bisher war die Antwort der Arbeitgeber nicht nur deprimierend, sondern auch schockierend. Wenn der Präsident des Bundesverbandes der deutschen Arbeitgeberverbände, Professor Dr. Balke, zum Beispiel sagt, es genügt "einige harte Schläge", um den Arbeitnehmern zum Bewußtsein zu bringen, was die Glocke geschlagen habe, dann sind das bedenkliche Zeichen. Herr Balke meinte damit wohl sicher die schon früher erfolgte Ankündigung einiger Arbeitgeber, sie würden einen Streik der Metallarbeiter mit Aussperrungen beantworten. Das ist genau der Ton, den wir in der Bundesrepublik nicht gebrauchen können und der jenen Elementen Auftrieb gibt, die unablässig, aber wahrheitswidrig, behaupten, in der Bundesrepublik herrsche die Willkür der Arbeitgeber.

Arbeitskämpfe sind in der Demokratie ein legitimes Mittel der Tarifpartner zur Durchsetzung ihrer Auffassungen oder Forderungen. Natürlich können dabei auch harte Worte fallen. Nur sollte sich jeder bewußt sein, daß Drohungen kein Mittel sind, um notwendigen Verhandlungen aus dem Wege gehen zu können. Das Wort "aussperren" erinnert fatal an das Wort "aushungern", eine Redewendung, die bei vielen Unternehmern um die Jahrhundertwende üblich war. Im Jahre 1967 dagegen ist diese Sprache antiquitiert, und wer sie trotzdem noch anwendet, weiß oder will nicht wissen, woher die große Unruhe bei vielen Arbeitnehmern kommt. Gerade in der Metallindustrie geht es ja nicht um neue Lohnforderungen, sondern um die Wahrung des sozialen Besitzstandes und um den gerechten Anteil der Arbeitnehmer am Sozialprodukt.

Dies alles zu bedenken ist die Aufgabe jener, die in den nächsten Tagen aufgerufen sind, einen neuen Anfang bei den Bemühungen um die Verbesserung des sozialen Klimas zu setzen. Wir alle sind zu dieser Bewährungsprobe aufgerufen.

+ + +

### Das langsamste Schiff bestimmt das Tempo

#### Zur England-Reise des Bundeskanzlers

Der - Auf seiner dreitägigen Besuchsreise in Großbritannien findet der Bundeskanzler ein reiches Arbeitsprogramm vor. Er wird in seinen Gesprächen mit britischen Staatsmännern unmittelbar mit dem Hauptproblem der britischen Politik konfrontiert werden: Dem Wunsch Großbritanniens, der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) beizutreten. Irland, Dänemark und Norwegen haben gleichfalls Beitrittsersuchen bei der Europäischen Kommission eingereicht. Das spricht für den Erfolg der EWG und ihre Anziehungskraft.

Die deutsche Position ist klar. Unsere Lebensinteressen gebieten die Festigung und die Erweiterung der Gemeinschaft. Wie kann Europa mit einer Stimme sprechen und sein Gewicht in die Waagschale der Weltpolitik legen, wenn es nicht die Kraft aufbringt, sich zusammenzufinden? Wilson braucht um deutsche Unterstützung für den Beitritt zur EWG nicht zu werben, sie ist ihm gewiß. Das ergab auch der Verlauf der letzten außenpolitischen Debatte im Bundestag. Die Bundesrepublik befindet sich auch in voller Übereinstimmung mit vier Mitgliedern der Gemeinschaft; nur das sechste, das Frankreich de Gaulles, stellte sich bisher quer und macht schwerwiegende Bedenken geltend. Die Aufnahme neuer Mitglieder in den Klub der Sechs kann jedoch nur einstimmig erfolgen. Niemand kann Frankreich zwingen, und die deutsche Politik kann nicht daran denken, die deutsch-französische Freundschaft aufs Spiel zu setzen. Sie muß behutsam und geschmeidig vorgehen. Einseitige Festlegungen wären verderblich.

Die Fahrt zu den Ufern eines vereinten Europa gleicht der Fahrt eines aus vielen Schiffen bestehenden Konvois zu den Häfen: das langsamste Schiff bestimmt das Tempo. Die beitriftswilligen Länder und die dem Beitritt zustimmenden Glieder der Gemeinschaft werden sich mit Panzern der Geduld wappnen müssen, ohne dabei das große Ziel aus dem Auge zu verlieren.

+ + +

- 2 -

## Mali will unabhängig bleiben

Von Ludwig Metzger, MdB

Erster Vizepräsident des Europäischen Parlaments

Die Sitzung des paritätischen Ausschusses der Assoziation der "Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft" und 7 afrikanischen Staaten und Madagaskar in Bamako hat uns Anfang Oktober mit einem assoziierten afrikanischen Staat in Verbindung gebracht, der sich am meisten von seiner ehemaligen Kolonialmacht, nämlich Frankreich, gelöst hat. Mali, dessen Hauptstadt Bamako ist, hat die Währungs-gemeinschaft mit Frankreich aufgegeben und ist bestrebt, eine eigene wirtschaftliche Ordnung zu schaffen, die es als sozialistisch bezeichnet. Mit Energie werden planerische Maßnahmen durchgeführt, die dem Land manche Vorteile, aber sicher auch Nachteile bringen. Ein kürzlich mit Frankreich abgeschlossener Wirtschaftsvertrag, der in Regierungskreisen Malis umstritten ist, hat die Tendenz, die Währungsautonomie des Landes abzubauen. Welche Wirkung er politisch und wirtschaftlich haben wird, muß abgewartet werden.

\* \* \*

Es ist kein Zweifel, daß die führenden Männer des Staates und der e i n e n Partei, die fast alle die Sowjetunion und andere kommunistische Staaten besucht haben, sich von dort manches Vorbild geholt haben. Trotzdem wäre es falsch, wie das manchmal geschieht Mali als "kommunistischen Satelliten" zu bezeichnen.

Daß das entwicklungsbedürftige Land Hilfe von der Sowjetunion und dem kommunistischen China ebenso annimmt, wie von den Ländern des Westens, ist von seinem Standpunkt aus begreiflich. Aber in allen Lebensäußerungen bis hinein in die folkloristischen Spiele, wird es deutlich, daß es den Verantwortlichen darauf ankommt, einen u n a b h ä n g i g e n Staat und ein eigenes nationales Bewußtsein der Bewohner von Mali zu schaffen. Die Gesänge, die wir an den Tänzen hörten, wiederholten immer wieder das Wort Mali und waren eine Verkörperung des Landes. Viele waren als Anreiz zu erhöhter Arbeitsleistung gemeint. Also selbst die Folklore muß der Planung dienen. Interessant war es, die parteiamtliche Zeitung "Essor" zu studieren. Völlig absehbare, man möchte sagen naive, standes z.B. nebeneinander ein Grußadresse an eine Delegation aus der EDR mit den entsprechenden Vokabeln sowie ein ausführlicher und beinahe enthusiastischer Willkommensgruß an die Vertreter der EWG und des paritätischen Ausschusses.

\* \* \*

In Unterredungen mit dem Staatspräsidenten Modibo K e i t a dem Außen- und Entwicklungshilfeminister Cusma B a und anderen Regierungsmitgliedern kam unmißverständlich zum Ausdruck, wie sehr man die Zusammenarbeit mit der EWG schätzt und die politische und wirtschaftliche Verbindung mit dem westlichen Europa wünschelt. Wenn

der Präsident der Nationalversammlung, Mahamane H e i d a r a , sich auch kritisch über die noch nicht genügende Einfuhr afrikanischer Produkte in die EWG-Länder und über die Welthandelspreise äußerte (wobei die Frage der Bananeneinfuhr in die Bundesrepublik eine gewisse Rolle spielte), so hat er doch ebenso wie sein Stellvertreter, der Vizepräsident Aliozne S i s s o k o , betont, daß sie die Assoziation positiv würdigen und ihren weiteren Ausbau wünschen.

Wie die Akzente in Mali gesetzt werden, wird von unserer, der Vertreter des Westens, Haltung und von unserem Tun mit abhängen. Als der Vertreter der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland im letzten Herbst Mali im Namen unserer Regierung 14 Tonnen Medikamente und medizinische Apparate mit einer kurzen Rede übergab, führte der Minister für die öffentliche Gesundheit und für Sozialangelegenheiten, Dolo S o m i n é , in seiner Erwiderung aus, wie lobhaft Mali und sein Volk die sehr nahe Wiedervereinigung des getrennten deutschen Volkes wünschten. Der "Essor" hat der Übergabe der Geschenke und den bei dieser Gelegenheit gehaltenen Reden mehr als eine Seite gewidmet!

\* \* \*

Die der EWG assoziierten Staaten sind in ihrer wirtschaftlichen, aber auch in ihrer politischen Verfassung durchaus differenziert. Das haben wir bei einer Studienreise nach Gabon und der Republik Kongo (Brazzaville), die einige Abgeordnete nach der Sitzung in Bakako unternahmen, erneut erfahren. Gabon konnte seinen Haushalt schon seither dadurch ausgleichen, daß in seinen Urwäldern die Okume - ein Baum, aus dem Sperrholz hergestellt wird - wächst, die in Port-Gentil industriell verwertet wird. Seit einiger Zeit wird im Landesinnern auch Mangan abgebaut. Durch eine Gesellschaft, die mit französischem und amerikanischem Kapital große Anlagen errichtet hat, ist ein ödes Savannen- und Hügelgebiet bevölkert und mit Wohnstätten und gärtnerischen Anlagen versehen worden.

In Brazzaville war wieder eine stärkere Hinneigung zu östlichen Vorbildern zu erkennen, ohne daß deshalb die Bindung zum Westen vernachlässigt würde. Auch hier haben die verantwortlichen Männer, einschließlich des Staatspräsidenten, keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie starke Beziehungen zu Europa und zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft wünschen.

\* \* \*

Afrika ist ein Kontinent in der Entwicklung und im Umbruch. Die damit verbundenen Schwierigkeiten und Vorgänge, die uns vielleicht manchmal fremd erscheinen mögen, sollten uns nicht davon abhalten, die menschliche Aufgabe und die politischen Möglichkeiten und Verpflichtungen zu sehen und zu erfüllen.

+ + +

"VW-Stiftung": Kein Lückenbüßer

Tendenz zur Schwerpunktbildung

Von Klaus Rusticus

Die ersten fünf Jahre ihres Bestehens betrachtet die "Stiftung Volkswagenwerk" als Aufbauphase, der nunmehr, wie kürzlich vom vier-sechsköpfigen Kuratorium der Stiftung erklärt wurde, ein Zeitabschnitt mit veränderter Arbeitsmethodik folgen soll. Die Kuratoren wollen selbst initiativer werden und langfristige, gezielte Schwerpunktprogramme bilden helfen. Die Förderungsmittel aus einer Stiftungssumme von in Zukunft etwa 100 Millionen DM im Jahre sollen konzentrierter für wissenschaftliche und technische Projekte in Forschung und Lehre eingesetzt werden.

Grenzen zwischen staatlicher und privater Förderung

Die von der Stiftung offengelegten Zahlen führen eine durchaus berechtigte Sprache:

- \* In den ersten fünf Jahren ihres Bestehens hat die Stiftung insgesamt
- \* 440 Millionen DM für 1407 bewilligte Anträge ausgeschüttet.

Zwischen den Zeilen des Tätigkeitsberichtes für 1966 aber stand mehr, als es das Kuratorium mit dem früheren niedersächsischen Kultusminister Richard Voigt (SPD) an der Spitze ohnehin schon deutlich genug aussprach: Eine private Stiftung dieser Art soll und darf nicht "grundsätzlich Lückenbüßer" (wörtlich) oder sogar "Gehilfe staatlicher Finanzierungsaufgaben" sein. Entscheidungen über Prioritäten in der Wissenschaft sollen nicht, hieß es ferner, wegen vorübergehender finanzieller Schwierigkeiten von Bund und Ländern zurückgestellt werden.

Man will also zwischen staatlicher und privater Förderung von Wissenschaft und Forschung klare Grenzen schaffen, befürchtet aber ganz offen, daß unter Umständen solche Projekte, bei denen diese und andere private Stiftungen finanzielle Starthilfen leisteten, einfach wegen fehlender öffentlicher Mittel nicht fortgesetzt werden.

Keine Beteiligung an Meeresforschung

Welche Grenzen gemeint sind, läßt sich an folgenden Beispielen beleuchten:

Die Stiftung Volkswagenwerk wird bei der Förderung der Technologie für Meeresforschung nicht tätig werden, weil es sich, so würde die ableh-

nende Haltung begründet, um einen erklärten Förderungsbereich des Bundesministers für wissenschaftliche Forschung handele. Dagegen aber wird sich die Stiftung der schwerpunktartigen Förderung der bio-medizinischen Elektronik "als eines sehr wichtigen und in der Bundesrepublik vernachlässigter Gebietes interdisziplinärer Forschung und Lehre annehmen." Das Kuratorium ist sich indessen auch der Gefahren bewusst, die aus einer solchen klaren Abgrenzung resultieren. Denn je konzentrierter es seine Förderungsmittel einsetzt und je initiativer es bei wissenschaftlichen Schwerpunktprogrammen werden will, desto größer wird auch die Sorge um wissenschaftliche Projekte, welche wohl bei ausreichenden privaten oder öffentlichen Finanzierungsmitteln durchaus förderungswürdig wären, aber weder als Schwerpunkte von privater Stiftungsseite anerkannt werden noch angesichts fehlender staatlicher Mittel Aussicht auf Bezuschussung haben.

#### Es bedarf einer echten Ergänzung...

Dieses und andere Kuratorien privater Stiftungen sind zwar gehalten, im Sinne des jeweiligen Stiftungszwecks Förderungsmittel zu bewilligen. Es gibt jedoch kein Rezept, wie man Bewilligungen trotz wissenschaftlicher Auswahl und Kontrollmöglichkeit immer folgerichtig ausspricht.

Das dürfte insbesondere auch für die Fragen gelten, inwieweit sich staatliche und private Förderungen gleichbleibend harmonisch ergänzen ohne private Stiftungen in die staatliche Maschinerie einprägen zu wollen.

Wird z.B. ein von privater Seite aus der Taufe gehobenes Forschungsprojekt nur begrenzt gefördert und dann - nach Fortfall privater Mittel - nicht vom Staat fortgesetzt, entsteht so öder so die Gefahr der Fehlinvestition. Insofern erwächst also auch der privaten Stiftung, speziell der "VW-Stiftung", die Aufgabe, sich mit staatlichen Institutionen, besonders bei nunmehr stärker zu forciierenden Schwerpunktprogrammen abzustimmen, ohne in ihrer Freiheit eingeengt zu werden. Würde das Kuratorium der Stiftung Volkswagenwerk Mittel und Wege finden, einmal für die Abgrenzung zwischen staatlicher und privater Förderung und zum anderen für die fraglos notwendige Ergänzung zwischen beiden Förderungsinstitutionen ein für die Zukunft richtungsweisendes Modellbeispiel zu konstruieren, dann würde man vermutlich ein großes Hindernis auf dem gesamten Gebiet von Wissenschaft und Forschung überwinden helfen.